

Flensburg, 15.02.2007

RV-37/2007

- öffentlich -

Beschlussvorlage

Ratsversammlung am 15.03.2007

Resolution der Ratsversammlung der Stadt Flensburg zum Standort des geplanten Landesverfassungsgerichts

Antrag:

Die Ratsversammlung der Stadt Flensburg fordert den Schleswig-Holsteinischen Landtag und die Landesregierung auf, das geplante Landesverfassungsgericht in unserer Nachbarstadt Schleswig anzusiedeln. Neben der Notwendigkeit, den strukturschwachen Landesteil Schleswig zu stärken, wo immer es möglich ist, sprechen alle wesentlichen Fakten für den Standort Schleswig:

1. Die Landesregierung verfolgt ausdrücklich die Politik, die jeweiligen Stärken der Regionen im Lande zu stärken. Demgemäß gehört das Landesverfassungsgericht in das Kompetenzzentrum der Justiz in Schleswig-Holstein.
2. In Schleswig besteht eine Infrastruktur, die die Bedürfnisse des Landesverfassungsgerichts in jeder Hinsicht abdeckt:
 - So verfügen das Oberlandesgericht und das Obergerverwaltungsgericht über große, repräsentative Sitzungssäle (Plenarsaal des Oberlandesgerichts, großer Sitzungssaal des Obergerverwaltungsgerichts, Bibliothek des Landessozialgerichts). Auch die weiteren notwendigen Räume einschließlich ausreichender Beratungs-, Sozial- und Presserräume sowie Zimmer für vorbereitend tätige Richter sind dort vorhanden.
 - Das Personal des Oberlandesgerichts und des Obergerverwaltungsgerichts könnte die notwendigen Zuarbeiten der Geschäftsstelle und der Kanzlei einschließlich der Protokollführung für das Landesverfassungsgericht problemlos mit übernehmen.
 - Im Oberlandesgericht und im Obergerverwaltungsgericht stehen umfassende, gut sortierte Bibliotheken zur Verfügung.
 - Alle beteiligten Institutionen in Schleswig sind nach unseren Informationen zur Kooperation bereit.
3. Schleswig ist verkehrsgünstig gelegen mit unmittelbarem Bahnanschluss sowie in direkter Autobahnnähe. Fast alle genannten möglichen Sitzungs- und Arbeitsstätten des Landesverfassungsgerichts liegen nicht zu weit vom Bahnhof entfernt am Eingang der Stadt und sind gut zu erreichen. Auch sind die meisten von ihnen mit ausreichend Parkraum versehen.

Die Ansiedlung des Landesverfassungsgerichts stellte demnach nicht nur ein wichtiges Signal für die Stadt Schleswig als „Justizhauptstadt“ des Landes und für den ganzen Landesteil Schleswig dar, sondern vor allem eine sachlich wohlbegründete, dauerhaft tragfähige Lösung.

Gernot Nicolai
Fraktionsvorsitzender

Rolf Helgert
Fraktionsvorsitzender

Gerhard Bethge
Fraktionsvorsitzender

Uwe Lorenzen
Fraktionsvorsitzender

Meike Bruhns
Fraktionsvorsitzende